



Pressemitteilung

Nr. 11

München, 17.03.2015

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e.V.

Pressereferat

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@bliv.de
www.bliv.de

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

Kopftuchfrage soll Sache der Schule sein

BLLV-Präsident Wenzel regt an, die Frage, ob Lehrerinnen im Unterricht ein Kopftuch tragen dürfen, den Schulen vor Ort zu überlassen

München - Die Haltung von Kultusminister Spaenle zum Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts stößt im Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) auf Unverständnis. „Ich hätte mir mehr Sensibilität und Offenheit für veränderte gesellschaftliche Realitäten erwartet“, erklärte BLLV-Präsident Klaus Wenzel heute in München. Wenzel hatte das Gerichtsurteil, wonach ein pauschales Kopftuchverbot bei Lehrkräften nicht mit der Religionsfreiheit vereinbar sei, grundsätzlich begrüßt und sich dafür ausgesprochen, das Urteil „in Ruhe und möglichst sachlich“ zu überdenken.

Der vom Bundesverfassungsgericht ausgelöste Diskurs biete aus Sicht Wenzels große Chancen: „Wo, wenn nicht an den Schulen, können junge Menschen lernen mit Vielfalt umzugehen.“ Die Bayerische Staatsregierung dürfe nicht die Augen davor verschließen, dass Schulen längst Orte der Interkulturalität und Heterogenität sind. Die Lehrkräfte seien tagtäglich mit den damit verbundenen Herausforderungen konfrontiert und müssten Antworten finden. „Sie haben die Erfahrung gemacht, dass Antworten, die integrieren und zusammenführen, hilfreicher sind als Antworten, die spalten.“

Der BLLV-Präsident regte an, die Entscheidung darüber, ob eine Lehrerin mit oder ohne Kopftuch unterrichten sollte, den einzelnen Schulen zu überlassen. So könne die berechtigte Forderung, den Schulfrieden zu berücksichtigen, am besten erfüllt werden. „Ich weiß, dass dies eine zusätzliche Belastung für alle Lehrkräfte ist, deswegen fordere ich die Politik auf, die Schulen zu unterstützen.“

Je mehr anspruchsvoller Religionsunterricht für Kinder muslimischen Glaubens an bayerischen Schulen stattfindet, umso eher könne damit auch radikalen Entwicklungen entgegengewirkt werden. Dafür sei aber gut ausgebildetes und qualifiziertes Personal nötig. Islamverbände machten schon seit längerem darauf aufmerksam, dass es wegen des Kopftuchverbots zu wenige Lehrerinnen für islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen gebe. ♦